

Die Wirtschaft der RGW-Länder an der Schwelle der achtziger Jahre

Dieser Bericht wurde im *Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche* verfaßt. Die Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf offizielle Statistiken der einzelnen RGW-Länder und des Sekretariats des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau. Die Angaben für 1980 sind vorläufig.

Die Entwicklung im Jahre 1980

Das Wirtschaftswachstum der gesamten *RGW-Region*, gemessen am aggregierten Nationalprodukt (Netto-Materialprodukt), war 1980 (2,7%) etwas rascher als 1979 (2,4%), obwohl sich das Wachstum der Brutto-Industrieproduktion von 3,7% (1979) auf 3,4% im Jahre 1980 verlangsamte.

Die leichte Beschleunigung im Wachstum des Nationalproduktes ist hauptsächlich auf die Entwicklung in der *UdSSR* zurückzuführen, wo ein Wachstum des verwendeten Nationalproduktes um 3,8% gegenüber 2,0% im Vorjahr gemeldet wurde. Diese Erfolgsmeldung ist schwer zu interpretieren, da die Brutto-Industrieproduktion langsamer wuchs als das Nationalprodukt und die landwirtschaftliche Produktion bereits das zweite Jahr rückläufig war. Die gemeldete Beschleunigung des Wachstums des verwendeten Nationalproduktes dürfte daher nur auf bedeutende Terms-of-Trade-Gewinne zurückzuführen sein. Die gegenüber dem Fünfjahresplan 1976 bis 1980 deutlich nach unten revidierten Produktionsziele des Jahresplans für 1980 in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft wurden nicht erreicht. Die Bruttoproduktion der Industrie nahm um 3,6% zu, geplant waren 4,5%. Auf dem Energiesektor blieb die Erdölförderung mit 603 Mill. t unter dem anvisierten Volumen von 606 Mill. t und beträchtlich hinter dem Ziel des ursprünglichen Fünfjahresplans (640 Mill. t) zurück. Die Kohlenförderung verfehlte mit 716 Mill. t deutlich das Plansoll (745 Mill. t) und ging gegenüber 1979 sogar zurück. Dagegen konnte die Gasgewinnung mit 435 Mrd. m³ das Planziel erreichen.

Die landwirtschaftliche Produktion verzeichnete auch 1980 einen absoluten Rückgang (-3%), nachdem sie bereits 1979 abgenommen hatte (-3,7%). Den größten Fehlschlag gab es erneut bei der Getreideernte, die mit 189 Mill. t vom Planziel (235 Mill. t) weit entfernt blieb und nur 10 Mill. t über der Mißernte von 1979 lag (179 Mill. t). Nach westlichen Schätzungen importierte die *UdSSR* im Jahre 1979/80 etwa 31 Mill. t Getreide. Die Vieh- und Schweinebestände

konnten 1980 nicht erhöht werden. Die Fleischproduktion ist in diesem Jahr um 2% und die Buttererzeugung um 4% zurückgegangen. Daß der Verkauf von Fleisch- und Milchprodukten gleichzeitig zugenommen hat, deutet darauf hin, daß die *UdSSR* 1980 umfangreiche Einfuhren tätigte bzw. Lager abgebaut hat.

Da nach den zur Zeit vorliegenden Angaben die Getreideernte auch 1981 unter dem Durchschnittsniveau der vergangenen Jahre liegen dürfte, wird auch der Importbedarf nicht geringer sein als in den Vorjahren.

In *Osteuropa* (ohne die *UdSSR*) hat sich 1980 das Wirtschaftswachstum weiter abgeschwächt. Das Wachstum des aggregierten Nationalproduktes Osteuropas ist von 2,2% im Jahre 1979 auf 1,0% zurückgegangen. Die langjährig sinkende Tendenz hat damit ihren bisherigen Tiefpunkt erreicht. Nur die *DDR* meldete ein leichtes Ansteigen der Wachstumsrate des Nationalproduktes (von 3,6% auf 4,2%), und die *ČSSR* konnte das Wachstum des Vorjahres (3%) halten. Die übrigen osteuropäischen Länder verzeichneten eine mehr oder minder starke Wachstumsverlangsamung.

Polen mußte 1980 einen absoluten Rückgang des Nationalproduktes (-4%) hinnehmen, das bereits im Vorjahr um 2% gesunken war. Dies ist in erster Linie auf den drastischen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion (-9,6%) sowie auf die Abnahme der Industrieproduktion (-1,3%) zurückzuführen. Beson-

Übersicht 1
Wirtschaftsentwicklung im RGW-Raum

	1971 bis 1975	1976 bis 1980		1979	1980	
		Plan	Ist		Plan	Ist
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
<i>Osteuropa (ohne UdSSR)</i>						
Nationalprodukt ¹⁾²⁾	7,4	6,9	3,9	2,2	4,3	1,0
Brutto-Industrieproduktion ²⁾	8,6	7,8	5,4	4,3	5,4	2,5
<i>UdSSR</i>						
Nationalprodukt ¹⁾²⁾	5,6	4,7 ³⁾	4,4	2,5	4,0 ³⁾	3,8 ³⁾
Brutto-Industrieproduktion ²⁾	7,4	6,3	4,5	3,4	4,5	3,6
<i>RGW</i>						
Nationalprodukt ¹⁾²⁾	6,2	5,4	4,2	2,4	4,1	2,7
Brutto-Industrieproduktion ²⁾	7,7	6,7	4,8	3,7	4,8	3,4

¹⁾ Netto-Materialprodukt — ²⁾ Zur Gewichtung der aggregierten Indizes siehe: für Nationalprodukt *United Nations Economic Survey of Europe* in 1969 New York 1970 Part II S. 1; für Brutto-Industrieproduktion *United Nations Economic Survey of Europe* in 1978 New York 1979 Part I S. 113 — ³⁾ Verwendetes Nationalprodukt

dere Schwierigkeiten bereitete der Rückgang der Kohlenförderung. Da die Versorgung des Binnenmarktes nicht mehr gekürzt werden konnte, wurden von diesem Ausfall in erster Linie die Exporte (32 Mill. t gegenüber 42 Mill. t im Vorjahr) betroffen. Die Wirtschaftslage Polens, die sich 1979 und 1980 dramatisch verschlechtert hat, ist durch folgende Probleme gekennzeichnet:

- 1 Starkes Ungleichgewicht auf dem Binnenmarkt: Der Produktionsrückgang von 1980 und die durch die Streiks erreichten Lohnerhöhungen brachten eine Ausweitung des Nachfrageüberhangs und eine weitere Verschärfung der Versorgungslücken auf dem heimischen Markt;
- 2 Belastung der Wirtschaft durch übermäßige, nicht in Betrieb genommene Investitionen, vor allem in der Schwerindustrie;
- 3 Stagnierende Landwirtschaft: Die privaten Betriebe, auf die ein Großteil der Produktion entfällt, werden vom Staat nicht genügend gefördert und sind ungenügend mit Maschinen und Geräten ausgestattet;
4. Die rasch zunehmende Verschuldung gegenüber dem Westen, die bis Ende 1980 um weitere 3 Mrd. \$ auf über 23 Mrd. \$ gestiegen ist¹⁾.

Besonders beunruhigend ist das gestörte Verhältnis zwischen den Geldeinnahmen der Bevölkerung und dem Warenangebot. Die Geldmittel (einschließlich der Spareinlagen) der Bevölkerung haben 1980 um 13,5% zugenommen, während das Warenangebot nur um 6% zu laufenden Preisen gesteigert werden konnte. Zur Zeit muß sich die Regierung auf kurzfristige Maßnahmen konzentrieren, wie Aufrechterhaltung der Produktion, Sicherung der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Rettung der Vieh- und Schweinebestände angesichts des Futtermangels, Bekämpfung der durch Lohnsteigerungen und Warenmangel angeheizten Inflation sowie Milderung der Folgen der übermäßigen Verschuldung im Ausland mit Hilfe neuer Kredite und erleichterter Rückzahlungsmodalitäten. Es wird ein Dreijahresplan zur Stabilisierung der Wirtschaft vorbereitet.

In den anderen osteuropäischen Ländern war der Wirtschaftsablauf 1980 weniger dramatisch als in Polen, aber dennoch nicht günstig. Relativ stark war die Wachstumsabschwächung auch in Rumänien und in Ungarn. *Rumänien*, wo das Nationalprodukt 1971 bis 1976 im Jahresdurchschnitt noch um über 11% zugenommen hatte, verzeichnete in den darauffolgenden Jahren eine ständige Wachstumsverlangsamung, und 1980 konnte das Nationalprodukt nur um 2,5% gegenüber noch 6,2% im Vorjahr gesteigert werden. Mit 6,5% (gegenüber 8% im Vorjahr) wies auch die Industrieproduktion in diesem Jahr den geringsten Zuwachs der siebziger Jahre auf.

¹⁾ Ende März 1981 dürfte die Verschuldung Polens bereits 26 Mrd. \$ erreicht haben

Diese Entwicklung dürfte großteils auf die schwierige Energiesituation zurückzuführen sein. Kein Energieträger erreichte die Produktionsziele, wodurch sich der Selbstversorgungsgrad bei Energie verringert hat. Die Erdölförderung ist seit einigen Jahren rückläufig (—6,6%). Das heimische Erdölangebot deckte damit bloß 40% des rumänischen Bedarfs. Die Erdölverarbeitung mußte reduziert werden. Die umfangreichen Kapazitäten der rumänischen Petrochemie, deren Produkte für den Export eine wichtige Deviseneinnahmequelle bilden, dürften nach westlichen Schätzungen nur noch zu 75% ausgelastet sein. Die rumänische Landwirtschaft verzeichnete 1980 einen Produktionsrückgang von 5%. Im Bereich der Investitionen ist Rumänien an die Grenze seiner bisherigen Wachstumspolitik gestoßen, die darin bestand, ehrgeizige Ziele durch wiederholte Erhöhung der Investitionsquote auf Kosten des Konsumwachstums aufrechtzuerhalten. Der Investitionszuwachs betrug 1980 nur noch 3,1% (1976 bis 1980 8,6% p. a.). 1981 sollen die Investitionen nicht mehr zunehmen. Sämtliche Indikatoren des Lebensstandards (Einzelhandelsumsätze, Löhne und Einkommen) weisen für 1980 eine beträchtliche Wachstumsverlangsamung aus, wobei durch unregelmäßige Belieferung in der Konsumgüterversorgung zunehmend Engpässe auftreten.

Auch in *Ungarn* hat sich das Wirtschaftswachstum in den letzten zwei Jahren deutlich verlangsamt. Das Nationalprodukt konnte im Jahre 1980 nur um 1% gesteigert werden, was vor allem auf den Wachstumsrückgang der Industrieproduktion (—1,7%) zurückzuführen ist. Die landwirtschaftliche Produktion, die 1979 stagniert hatte, nahm 1980 um 4,6% zu.

Die restriktive Investitionspolitik, die nach 1977 in Ungarn eingeleitet wurde, brachte 1979 eine Stagnation und 1980 einen Rückgang der Investitionen um 8,9% mit sich (geplant —4,5%). Von diesem Rückgang waren weniger die staatlichen Großinvestitionen als die eigen- und kreditfinanzierten Unternehmensinvestitionen betroffen.

Trotz der beträchtlichen Investitionsabschwächung ist es bei leicht steigendem Nationaleinkommen infolge der Terms-of-Trade-Verluste nicht gelungen, den privaten Konsum auf dem Vorjahresniveau zu halten. Die Einzelhandelsumsätze sind 1980 real geringfügig (um 0,3%) gesunken. Bei einer Inflationsrate von nahezu 10% sind die Reallöhne um 1,7% gesunken. Allerdings konnte mit Hilfe der restriktiven Investitions- und Einkommenspolitik eine regelmäßige und für osteuropäische Verhältnisse reichliche Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern gesichert werden.

Bulgarien meldete eine relativ geringe Wachstumsverlangsamung des Nationalproduktes (5,7% gegen 6,6% im Jahre 1979), was allerdings mit den Daten über die Entwicklung in den wichtigsten Sektoren der Wirtschaft nicht übereinstimmt. Diese Angaben lassen

auf eine stärkere Wachstumsverlangsamung des Nationalproduktes schließen, als dies amtlich ausgewiesen wurde: Die Industrie nahm um 4,1% (1979 5,0%) zu, und die landwirtschaftliche Produktion sank um 4,9% (gegenüber +6% im Vorjahr)

Die ČSSR konnte mit einer Steigerung des Nationalproduktes um 3% das Wirtschaftswachstum des Vorjahres halten. Dies ist den besseren Ergebnissen in der Landwirtschaft zuzuschreiben, wo die Produktion um 6% gegenüber einem sehr schlechten Vorjahresergebnis (-4,2%) gestiegen ist. In der Industrie hat das Produktionswachstum hauptsächlich infolge unzureichender Versorgung mit Roh- und Brennstoffen etwas nachgelassen (3,2% gegenüber 3,7% im Jahre 1979). Bei den Investitionen setzte sich die Tendenz der letzten Jahre zur Verlangsamung fort. Sie nahmen 1980 nur um 1,2% (1979 1,8%) zu. Nach wie vor kam es zu Verzögerungen bei der Inbetriebnahme von neuen Kapazitäten, und die Zahl der nicht fertiggestellten Investitionsvorhaben stieg.

Die Reallöhne sind bereits das zweite Jahr gesunken (-1,5%). Da aber die sozialen Transferzahlungen und die Einkommen in der Landwirtschaft überdurchschnittlich zugenommen haben, dürfte insgesamt ein Sinken der Einkommen der Bevölkerung verhindert worden sein.

Verglichen mit den anderen RGW-Ländern verzeichnete die DDR im Jahre 1980 günstige Ergebnisse. Sie konnte sogar ihr Wirtschaftswachstum von 3,6% auf 4,2% leicht beschleunigen. Die Industrieproduktion nahm um 4,7% gegenüber 4,5% im Vorjahr zu. Der Bereich Elektrotechnik, Elektronik und Gerätebau, der schon seit längerem besonders gefördert wird, hat mit einem Zuwachs von 10% seine überdurch-

schnittliche Expansion auch 1980 fortgesetzt. Nach offiziellen Angaben konnte der spezifische Verbrauch an Rohstoffen und Energieträgern weiter reduziert werden. Das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion um über 2% war nach zweijähriger Stagnation bescheiden. Die Einzelhandelsumsätze und die Geldeinnahmen der Bevölkerung konnten das Vorjahreswachstum halten. Die relativ günstige Entwicklung war jedoch von einer beträchtlichen Zunahme des Außenhandelsdefizits begleitet.

Der Außenhandel der RGW-Länder mit dem Westen war 1980 wie in den Vorjahren durch Importrestriktionen und Intensivierung der Exporte gekennzeichnet. Insgesamt hat sich das Wachstum des Ost-West-Handels 1980 gegenüber dem Vorjahr wertmäßig abgeschwächt: Nach vorläufigen und zum Teil geschätzten Daten nahmen die RGW-Exporte nach dem Westen um 20,3% (1979 34,2%) und die Importe aus dem Westen um 11,2% (1979 15,8%) zu. Die Abschwächung des Wachstums im Ost-West-Handel war 1980 in realen Größen sicherlich noch deutlicher ausgeprägt, die Importmenge ist wahrscheinlich sogar gesunken. Die Verringerung des Importwachstums war in solchen Ländern besonders stark, wo die Abschwächung des Wirtschaftswachstums im Jahre 1980 markant war: in Polen, Ungarn und Rumänien. Die UdSSR, die 1979 noch ein Handelsdefizit gegenüber dem Westen von 1,1 Mrd. \$ verbuchen mußte, konnte 1980, hauptsächlich auf Grund der wertmäßig gesteigerten Brennstoffexporte, einen Exportüberschuß von rund 200 Mill. \$ erzielen. Außer Bulgarien, wo die Importe rascher als die Exporte zugenommen haben, konnten alle anderen osteuropäischen Länder ihre Defizite gegenüber dem Westen mehr oder weni-

Übersicht 2

Entwicklung des Außenhandels der RGW-Länder mit den westlichen Industrieländern

		1966 bis 1970	1971 bis 1975	1975	1976	1977	1978	1979	1980 ¹⁾	1976 bis 1980 ¹⁾
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %										
Bulgarien	E	8,9	4,7	- 3,3	29,2	6,1	12,8	69,8	2,1 ²⁾	21,8 ²⁾
	I	5,9	24,8	31,0	-19,0	- 5,8	8,3	11,7	23,2 ²⁾	2,6 ²⁾
ČSSR	E	10,9	10,7	- 6,3	2,7	13,0	6,8	21,8	24,2	13,4
	I	12,5	13,9	2,6	11,7	6,6	6,3	15,3	9,0	9,7
DDR	E	9,6	13,3	- 5,6	22,2	-10,3	5,6	19,8	25,8 ²⁾	11,8 ²⁾
	I	15,2	15,9	- 0,6	28,2	- 9,8	- 1,9	35,0	7,9 ²⁾	10,6 ²⁾
Polen	E	9,5	21,7	7,5	8,8	8,8	9,8	11,7	17,1	11,2
	I	10,1	40,7	16,2	9,7	- 6,7	- 1,9	- 0,2	0,4	0,1
Rumänien	E	16,6	21,1	- 9,7	14,9	- 0,4	14,6	29,9	3,7 ²⁾	12,1 ²⁾
	I	16,6	19,5	- 7,3	- 4,8	16,7	24,7	9,1	0,8 ²⁾	8,8 ²⁾
Ungarn	E	13,0	9,0	- 8,7	11,1	8,6	4,3	28,3	0,5	10,2
	I	12,1	16,2	- 6,3	- 1,9	18,7	19,2	- 0,6	2,4	7,2
Osteuropa	E	11,2	19,2	- 2,8	12,8	4,3	8,7	24,3	13,5	12,5
	I	12,8	27,3	6,6	8,1	2,2	7,3	11,6	5,7	6,9
UdSSR	E	9,9	23,3	- 1,9	27,6	12,5	- 1,3	43,7	26,8	20,9
	I	11,6	30,7	58,0	11,5	- 8,3	10,6	20,7	18,7	10,1
RGW	E	10,7	22,5	- 2,4	19,3	8,1	4,0	34,2	20,3	16,7
	I	12,3	30,5	29,1	9,6	- 2,0	8,7	15,8	11,2	8,5

E = Exporte, I = Importe

Q: Nationale Statistiken - ¹⁾ Vorläufig teilweise geschätzt - ²⁾ 1980 laut OECD Foreign Trade Serie A

Außenhandel der RGW-Länder mit den westlichen Industrieländern

		1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980 ¹⁾
		in Mill. \$										
Bulgarien	E	285 1	300 7	343 0	441 2	448 2	434 5	562 4	608 0	731 5	1 277 9	1 331 7
	I	349 9	357 1	384,3	517 7	973 9	1 278 4	1 037 5	996 0	1 150 2	1 320 2	1 661 5
	S	- 64 8	- 56 4	- 41 4	- 76,5	- 525 7	- 843 9	- 475 1	- 388 0	- 418 7	- 42 8	- 329 8
ČSSR	E	771,5	846 4	962 0	1 318,9	1 690 3	1 657 8	1 646 6	1 898 6	2 117 4	2 626 9	3 244 4
	I	904 7	992 5	1 084 0	1 556,9	2 085 8	2 236 9	2 420,3	2 633 8	2 919,3	3 432 9	3 714 7
	S	- 133 2	- 146 1	- 122 0	- 240 0	- 395,4	- 579 2	- 773 7	- 735 2	- 801 9	- 806 0	- 470 3
DDR	E	1 002,8	1 070 3	1 295 6	1 725 9	2 393 2	2 259 6	2 760 7	2 477 1	2 616,0	3 135 1	3 944 0
	I	1 296 2	1 374 4	1 817,8	2 556 9	3 293 9	3 274 1	4 196,3	3 784 1	3 712 8	4 991 4	5 385 8
	S	- 293 4	- 304 2	- 522 1	- 831 0	- 900 7	- 1 014 5	- 1 435 6	- 1 307 0	- 1 096,8	- 1 856,3	- 1 441 8
Polen	E	1 006 9	1 155,5	1 498 4	2 179 7	3 013 9	3 241 0	3 525 0	3 834 1	4 417 0	5 056 7	5 920 9
	I	930 3	1 101 9	1 814,8	3 471 1	5 322 1	6 182,3	6 781 1	6 330 0	6 518 6	6 665,3	6 692 4
	S	+ 76 6	+ 53 6	- 316 4	- 1 291 4	- 2 308 2	- 2 941,3	- 3 256 1	- 2 495 9	- 2 101 6	- 1 608 6	- 771 5
Rumänien	E	590 4	716 5	888 9	1 435 0	2 052 2	1 853 5	2 129 8	2 120,3	2 649 2	3 510 3	3 640 2
	I	774,3	832 7	1 069 8	1 553 6	2 499 8	2 318,3	2 206 5	2 575 6	3 571 1	3 896 7	3 927 9
	S	- 183 8	- 116 2	- 181 0	- 118 6	- 447 6	- 464 8	- 76 7	- 455,3	- 921 9	- 386 4	- 287 7
Ungarn	E	629,8	617 3	824 1	1 198 0	1 363 0	1 328,9	1 554 5	1 714 2	1 927 8	2 639 7	2 898 0
	I	678 6	836 3	890 5	1 193 3	1 965 7	1 964 8	2 023 9	2 439 5	3 129 2	3 327 1	3 713 9
	S	- 48,9	- 219 0	- 66 4	+ 4 6	- 602 7	- 635 9	- 469 4	- 725,3	- 1 201 4	- 687 4	- 815 9
Osteuropa	E	4 286 6	4 706 6	5 811,9	8 296 7	10 960 8	10 775 0	12 179 0	12 652 3	14 458 9	18 246 6	20 979 2
	I	4 934 0	5 494 8	7 061 2	10 849 5	16 141 2	17 254 8	18 665 7	18 759 1	21 001 2	23 634 1	25 096 2
	S	- 647 5	- 788 2	- 1 249 4	- 2 552 9	- 5 180,3	- 6 479 5	- 6 486 7	- 6 106 7	- 6 542,3	- 5 387 5	- 4 117 0
UdSSR	E	2 393 4	2 758 1	2 944 4	5 093 2	8 268 6	8 511 1	10 391 5	11 973 5	12 738 1	19 090 2	24 541 2
	I	2 822 3	2 889 9	4 150 4	6 232 9	8 116 1	13 451 7	14 356 6	13 459 3	16 059 9	20 203 1	24 335 0
	S	- 428 9	- 131 8	- 1 206 0	- 1 139 7	+ 152 6	- 4 940 0	- 3 965 0	- 1 485 9	- 3 321 8	- 1 112 9	+ 206 2
RGW	E	6 680 0	7 464 7	8 756 3	13 389 9	19 229 5	19 286 5	22 570 5	24 625 8	27 197 0	37 336 8	45 520 4
	I	7 756 3	8 384 7	11 211 7	17 082 5	24 257 3	30 706 5	33 022 3	32 218 4	37 961 1	43 837 2	49 431 2
	S	- 1 076 4	- 920 0	- 2 455 4	- 3 692 5	- 5 027 8	- 11 420 1	- 14 051 8	- 7 592 6	- 9 864 1	- 6 500 4	- 3 910 8

E = Exporte I = Importe S = Saldo

Q: Nationale Statistiken; Angaben in nationalen Währungen mit Hilfe der entsprechenden *conversion factors* in Dollar umgerechnet — ¹⁾ Teilweise geschätzt auf Grund unvollständiger Daten

ger verringern. Nach unvollständigen Außenhandelsstatistiken der RGW-Länder ist das Defizit der RGW-Region gegenüber den westlichen Industrieländern 1980 insgesamt von 6,5 Mrd. \$ auf schätzungsweise 3,9 Mrd. \$ gesunken, darunter das Defizit Osteuropas von 5,4 Mrd. \$ auf 4,1 Mrd. \$

Aussichten der RGW-Wirtschaften für die erste Hälfte der achtziger Jahre

Das Wirtschaftswachstum der RGW-Länder war in den letzten Jahren einer Reihe von dämpfenden Faktoren ausgesetzt, deren Wirkungsgrad sich in den achtziger Jahren noch weiter erhöhen wird. Die Möglichkeiten des extensiven Wachstums, das in der Vergangenheit auf der Vermehrung von Produktionsfaktoren beruhte, sind weitgehend ausgeschöpft. Der Beschäftigungszuwachs in der RGW-Region, wichtiger Faktor der Wirtschaftsentwicklung in den vergangenen dreißig Jahren, verliert spürbar an Bedeutung. Diese Entwicklung erklärt sich hauptsächlich aus dem seit Ende der fünfziger Jahre und Anfang der sechziger Jahre sinkenden Trend im natürlichen Bevölkerungszuwachs in allen RGW-Ländern. Seit einigen Jahren zeichnet sich ein verlangsamtes Wachstum und in manchen Ländern eine Stagnation des Arbeits-

kräftepotentials ab. Die Neuzugänge an Arbeitskräften übersteigen zur Zeit nur wenig die Abgänge von Jahrgängen im Pensionsalter. Die um 1970 vorübergehend steigenden Geburtenraten können sich erst Ende der achtziger Jahre auswirken. Die Erwerbsquote ist in allen RGW-Ländern im internationalen Vergleich bereits sehr hoch und kann kaum noch gesteigert werden. Während 1970 bis 1980 die Zahl der Erwerbstätigen in der gesamten RGW-Region um rund 13%, darunter in der UdSSR um 12%, gestiegen ist, wird sie in der Dekade 1980 bis 1990 nach vorliegenden Prognosen insgesamt nur um 4%, in der UdSSR um 5% zunehmen.

In der UdSSR dürfte sich das Beschäftigungsproblem auch durch regionale Unterschiede in der Verteilung der Arbeitskräfte komplizieren: Einer Stagnation der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter im europäischen Teil der UdSSR stehen kräftige Zuwächse in den zentralasiatischen Republiken gegenüber. Da eine Abwanderung der überschüssigen Bevölkerung aus Zentralasien nicht zu erwarten ist, dürfte es nicht gelingen, das Arbeitskräftepotential in dieser Region auszuschöpfen, wobei sich gleichzeitig die Arbeitskräfteknappheit in den westlichen Landesteilen verstärken wird. Möglichkeiten für einen besseren Einsatz der Arbeitskräfte in der UdSSR sind zwar vorhanden, wenn man die hohe Abwesenheitszahl und die zwischenbetrieblichen Fluktuationen in Betracht

zieht, vor allem aber die "versteckten" Beschäftigungsreserven in den Betrieben, die nach sowjetischen Schätzungen 10% bis 15% der Gesamtzahl der Beschäftigten ausmachen. Eine Mobilisierung dieser Arbeitskräftereserven erfordert jedoch eine tiefgreifende Wirtschaftsreform, mit besseren Motivationen für das Management und die Belegschaften der Betriebe, verbunden mit einer Modernisierung des Produktionsprozesses und wesentlichen Änderungen in der Organisation und Arbeit.

In den kommenden Jahren ist mit einem weiteren Sinken der Effizienz des *Kapitaleinsatzes* zu rechnen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind die zunehmende Verknappung von Energie und Rohstoffen und der Druck zu Investitionserhöhungen in den kapitalintensiven Grundstoffbereichen. Die dadurch verursachte Verschiebung von Investitionsmitteln in die Grundstoffindustrie, die kaum zusätzliche Mittel für Modernisierungen in der verarbeitenden Industrie übrigläßt, wirkt sich nachteilig auf die durchschnittliche Kapitalproduktivität in der Industrie aus. Auch der akute Bedarf an Investitionen in der über Jahrzehnte vernachlässigten Infrastruktur, vor allem im Verkehrswesen und beim Ausbau der Rohr- und Hochspannungsleitungen, dürfte auf mittlere Sicht die Effizienz des Kapitaleinsatzes beeinträchtigen.

In der Periode 1976 bis 1980 haben sich die marginalen Kapitalkoeffizienten in allen RGW-Ländern verschlechtert, d. h. der Zuwachs des Nationaleinkommens erforderte höhere Investitionen als in der Vergangenheit. Diese Verschlechterung ist hauptsächlich auf die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zurückzuführen, die stärker ausgeprägt war als die Verlangsamung des Investitionswachstums. Sie war besonders markant in Polen, wo sich der marginale Kapitalkoeffizient gegenüber 1971 bis 1975 sechsfachte, und in Ungarn. Auch in der UdSSR verschlechterte sich der Kapitalkoeffizient, allerdings langsamer als in der Vorperiode.

In allen Ländern war die Verschlechterung der durchschnittlichen Kapitalproduktivität von einer Verlangsamung im Wachstum der Arbeitsproduktivität begleitet. Die negative Entwicklung der Kapitalproduktivität war nach 1975 besonders ausgeprägt in Polen, dem einzigen RGW-Land, in dem sie sich 1971 bis 1975 noch positiv entwickelt hatte. In der UdSSR hat sich

die rückläufige Entwicklung der Kapitalproduktivität etwas verlangsamt.

Ähnliche Tendenzen wie in der Gesamtwirtschaft lassen sich auch innerhalb der Industrie feststellen. In den meisten RGW-Ländern hat in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre das Wachstum der Arbeitsproduktivität in der Industrie abgenommen, gleichzeitig hat sich die rückläufige Entwicklung der Kapitalproduktivität weiter verstärkt.

Ein weiterer limitierender Faktor ist die Verlangsamung des Wachstums der *Brennstoff- und Energieproduktion*. Entscheidend ist hier die Lage in der UdSSR, die nicht so sehr aus einem Mangel an Brennstoffvorkommen, sondern aus der Rückständigkeit der Technologie und den begrenzten Investitionsmitteln zu erklären ist. Engpaßsituationen in anderen Bereichen, wie in der Landwirtschaft und im Transport, lassen eine weitgehende Umverteilung der Investitionsmittel kaum zu. Dies gilt noch mehr für die osteuropäischen Länder, die ihre Energieproduktion nur geringfügig ausdehnen können und ihren Importbedarf an Brennstoffen hauptsächlich aus der Sowjetunion decken. Bei den Importen aus der UdSSR traten seit 1975 nicht nur Finanzierungs- sondern auch Lieferprobleme auf. Außer der Verschlechterung der Terms of Trade dürfte in den kommenden Jahren auch noch ein Mengenproblem auftreten, da die gelieferten Mengen von Brennstoffen in den achtziger Jahren stagnieren oder sogar sinken werden. Angesichts der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt und des akuten Mangels an konvertierbaren Währungen würden zusätzliche Importe aus den OPEC-Ländern die ohnehin angespannte Zahlungsbilanz schwer belasten.

Die *Verschuldung* gegenüber dem Westen wird in den kommenden Jahren die Wirtschaftsentwicklung der RGW-Länder stark behindern. Das Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz kann angesichts der beschränkten Möglichkeiten der Exportausweitung nur durch eine Verlangsamung des Importwachstums auf Kosten des Wirtschaftswachstums abgebaut werden. Diese Politik wurde bereits in den letzten Jahren eingeleitet und wird sich in den kommenden Jahren noch verstärken. Sie unterscheidet sich grundsätzlich von der Entwicklung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, als die angestrebte Wachstumsbeschleunigung und Modernisierung der Wirtschaft für die starke Zunahme der Importe aus dem Westen den Ausschlag gab.

Zur Einschätzung der Perspektiven des Ost-West-Handels in den achtziger Jahren hat das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) in den letzten Jahren drei Szenarios ausgearbeitet²⁾, in

²⁾ Vgl. B. Askanas — G. Fink — F. Levčik: East-West Trade and CMEA Indebtedness in the Seventies and Eighties. WIIW-Report Nr 41; B. Askanas — G. Fink — F. Levčik: East-West Trade and Indebtedness of the Individual CMEA Countries up to 1990, WIIW-Report Nr 50.

Übersicht 4

Marginaler Kapitalkoeffizient¹⁾

	1966 bis 1970	1971 bis 1975	1976 bis 1980
Bulgarien	4,4	4,4	5,5 ²⁾
ČSSR	3,8	6,2	9,8
DDR	5,7	5,9	6,2
Polen	5,0	4,1	24,6
Rumänien	5,0	3,7	6,3
Ungarn	4,5	6,3	10,4
UdSSR	3,9	5,3	6,9

¹⁾ Relation der Brutto-Anlageinvestitionen zum Zuwachs des Netto-Materialproduktes zu konstanten Preisen — ²⁾ 1976 bis 1979

Faktoren des Wirtschaftswachstums

	Produzierende Bereiche ¹⁾				Industrie			
	1961 bis 1965	1966 bis 1970	1971 bis 1975	1976 bis 1979	1961 bis 1965	1966 bis 1970	1971 bis 1975	1976 bis 1979
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %							
<i>Bulgarien</i>								
Produktion ²⁾	6,7	8,7	7,8	6,2 ³⁾	11,7	11,0	9,0	6,5
Erwerbstätige	- 0,6	0,4	0,1	- 0,1	4,4	3,9	2,3	0,9
Anlagevermögen	10,2	10,9	8,9	10,6	14,6	13,6	9,4	9,8
Arbeitsproduktivität	7,3	8,3	7,7	6,3	7,0	6,8	6,5	5,5
Kapitalproduktivität ⁴⁾	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 4,0	- 2,5	- 2,3	- 0,4	- 3,0
Kapitalintensität ⁵⁾	10,8	10,5	8,8	10,7	9,8	9,3	6,9	8,8
<i>ČSSR</i>								
Produktion ²⁾	2,0	6,9	5,7	3,9	5,2	6,8	6,7	4,6 ³⁾
Erwerbstätige	0,5	1,2	0,9	0,4	1,9	1,5	0,6	0,6 ³⁾
Anlagevermögen	4,9	4,4	5,8	6,4	5,1	4,3	5,6	6,3 ³⁾
Arbeitsproduktivität	1,5	5,6	4,8	3,5	3,2	5,2	6,1	3,9 ³⁾
Kapitalproduktivität ⁴⁾	- 2,8	2,4	- 0,1	- 2,3	0,1	2,4	1,0	- 1,6 ³⁾
Kapitalintensität ⁵⁾	4,4	3,2	4,9	6,0	3,1	2,8	5,0	5,7 ³⁾
<i>DDR</i>								
Produktion ²⁾	3,4	5,2	5,4	4,0	5,8	6,5	6,3	5,0
Erwerbstätige	- 0,3	0,0	0,1	0,4	0,2	0,5	1,2	0,5
Anlagevermögen	6,1	4,9	5,8	5,6	6,6	5,2	6,5	6,0
Arbeitsproduktivität	3,7	5,2	5,3	3,6	5,6	6,0	5,0	4,4
Kapitalproduktivität ⁴⁾	- 2,5	0,3	- 0,3	- 1,5	- 0,7	1,3	- 0,2	- 0,9
Kapitalintensität ⁵⁾	6,4	4,9	5,7	5,2	6,4	4,7	5,2	5,4
<i>Polen</i>								
Produktion ²⁾	6,2	6,0	9,8	3,1	8,4	8,3	10,4	5,8
Erwerbstätige	1,5	1,8	1,4	1,0	3,4	3,6	2,9	0,4
Anlagevermögen	4,4	6,1	8,0	8,9	6,6	7,7	9,2	9,7
Arbeitsproduktivität	6,4	4,1	8,3	2,1	4,8	4,5	7,3	5,4
Kapitalproduktivität ⁴⁾	1,7	- 0,1	1,7	- 5,3	1,7	0,5	1,1	- 3,6
Kapitalintensität ⁵⁾	2,9	4,2	6,5	7,8	3,1	3,9	6,1	9,3
<i>Rumänien</i>								
Produktion ²⁾	9,0	7,8	11,3	8,4	13,8	11,8	12,9	10,9
Erwerbstätige	- 0,1	0,1	0,2	0,1	5,3	4,1	6,4	3,6
Anlagevermögen	8,0	10,8	11,8	10,5	9,7	13,2	13,1	10,5
Arbeitsproduktivität	9,1	7,7	11,1	8,3	8,1	7,4	6,1	6,5
Kapitalproduktivität ⁴⁾	1,0	- 2,7	- 0,4	- 1,9	3,7	- 1,2	- 0,2	- 0,2
Kapitalintensität ⁵⁾	8,1	10,7	11,6	10,4	4,2	8,7	6,3	6,7
<i>Ungarn</i>								
Produktion ²⁾	4,1	6,8	6,2	4,2	7,7	6,3	6,3	4,7
Erwerbstätige	- 0,4	1,4	0,0	0,0	3,4	2,4	0,2	- 1,1
Anlagevermögen	4,9	5,6	6,6	4,9	7,4	7,0	7,8	8,2
Arbeitsproduktivität	4,5	5,3	6,2	4,2	4,2	3,8	6,1	5,8
Kapitalproduktivität ⁴⁾	- 0,8	1,1	- 0,4	- 0,7	0,3	- 0,7	- 1,4	- 3,5
Kapitalintensität ⁵⁾	5,3	4,1	6,6	4,9	3,9	4,5	7,6	9,3
<i>UdSSR</i>								
Produktion ²⁾	6,5	7,7	5,6	4,8	8,6	8,5	7,4	4,5 ³⁾
Erwerbstätige	0,9	0,9	1,1	1,4	3,9	2,6	1,3	1,3 ³⁾
Anlagevermögen	9,6	8,1	8,7	7,5	11,0	8,8	8,6	7,5
Arbeitsproduktivität	5,5	6,7	4,4	3,4	4,5	5,7	6,0	3,2 ³⁾
Kapitalproduktivität ⁴⁾	- 2,9	- 0,4	- 2,9	- 2,5	- 2,2	- 0,3	- 1,1	- 2,8
Kapitalintensität ⁵⁾	8,6	7,1	7,5	6,0	6,8	6,0	7,2	6,1

¹⁾ Industrie, Bauwesen, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Binnenhandel — ²⁾ Produzierende Bereiche: Netto-Materialprodukt Industrie: Bruttoproduktion — ³⁾ 1976 bis 1980 — ⁴⁾ Relation Produktion zu Anlagevermögen — ⁵⁾ Anlagevermögen je Erwerbstätigen

denen die *RGW-Exporte nach dem Westen* vom Wirtschaftswachstum der OECD-Länder, damals auf 3,5% p. a. geschätzt, bestimmt waren. Das erste Szenario, in dem angenommen wurde, daß Westimporte und Gesamtimporte gleich schnell wachsen, erwies sich schon damals als unrealistisch, da diese Strategie ein nicht zu bewältigendes Ansteigen der Verschuldung der RGW-Länder mit sich bringen würde. Das dritte Szenario, nach dem der Ost-West-Handel erst 1990 das Gleichgewicht erlangen würde, schien den wirtschaftlichen Möglichkeiten der RGW-Länder und auch den Interessen des Westens am ehesten zu ent-

sprechen, falls ein relativ rasches Wachstum der Wirtschaft und der Ost-West-Handelsbeziehungen auf der Grundlage einer anhaltenden politischen Entspannung angestrebt wird. Nach dieser Projektionsvariante würden die *RGW-Exporte nach dem Westen*, unter der Voraussetzung einer unveränderten Elastizität dieser Exporte bezogen auf das OECD-Wirtschaftswachstum, real um 6% p. a. zunehmen; um bei diesem Exportwachstum den Außenhandel mit dem Westen bis 1990 auszugleichen, dürften die Importe aus dem Westen nicht rascher als um 3,2% p. a. steigen

Das zweite Szenario, das einen Handelsbilanzausgleich bis 1985 vorsieht, setzt eine drastische Verlangsamung des Wachstums der RGW-Importe aus dem Westen voraus (bis auf real 1,4% p. a.) und schien daher nicht den westlichen Exportinteressen zu entsprechen. Auch für die RGW-Länder ist diese Alternative wenig attraktiv, da sie zu einer beträchtlichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums sowie zu ernststen Gleichgewichtsstörungen auf dem Binnenmarkt führen muß. Dennoch scheinen die meisten RGW-Länder den Abbau des Defizits im Westhandel bis 1985 oder noch früher anzustreben.

Die Stagnation der Importe beeinträchtigt allerdings das Wirtschaftswachstum der RGW-Länder spürbar. Im Zeitraum 1966 bis 1978 wuchsen die RGW-Importe aus dem Westen real mit einer jährlichen Wachstumsrate von über 11%, und die Importelastizität bezogen auf das Wirtschaftswachstum der RGW-Region belief sich auf etwa 1,5. Wenn man für die achtziger Jahre sogar eine Reduzierung dieser Importelastizität von 1,5 auf 1 unterstellt, würde daraus ein Wachstum der RGW-Wirtschaften von 1,4% p. a. nach dem zweiten und 3,2% p. a. nach dem dritten Szenario resultieren. Diese Überlegungen haben den Zweck, auf den Druck hinzuweisen, dem die RGW-Wirtschaften in den achtziger Jahren durch den Außenhandel ausgesetzt sein werden. Es ist dabei zu beachten, daß die Berechnungen stabile Terms of Trade mit dem Westen voraussetzen. Eine eventuelle Verschlechterung der Terms of Trade wird die Importmöglichkeiten dieser Länder noch weiter engeren und das Wirtschaftswachstum noch stärker beeinträchtigen.

Die wirtschaftlichen Zwänge wirken sich allerdings von Land zu Land unterschiedlich aus. Vor allem muß zwischen der UdSSR und Osteuropa unterschieden werden. Die UdSSR hat infolge des relativ geringen Verschuldungsgrads, der Terms-of-Trade-Gewinne und zusätzlicher Einnahmen aus Gold- und Waffenverkäufen den größten Spielraum bei der Wahl handelspolitischer Optionen. Die UdSSR könnte in den achtziger Jahren auch steigende Handelsdefizite leicht verkraften, sie ist aber auch imstande, ihre Handelsbilanz gegenüber dem Westen auszugleichen oder sogar Überschüsse zu erzielen³⁾.

In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, ob und inwieweit der *Intra-RGW-Handel* zur Bewältigung der eminenten Probleme der achtziger Jahre beitragen könnte. Der Zwang zur Maximierung der RGW-Exporte nach dem Westen, bei abgeschwächtem Wirtschaftswachstum, dürfte das Exportpotential der RGW-Region stark anspannen. Die ständige Anpassung der Preise im Handel mit der Sowjetunion an den Durchschnitt der Weltmarktpreise in den vorausgegangenen fünf Jahren zwingt jedoch die kleineren

RGW-Länder, auch ihre Exporte in die UdSSR zu steigern, um die immer teurer werdenden Importe von Brennstoffen finanzieren zu können. Diese Entwicklung dürfte den Handel der RGW-Länder untereinander empfindlich beeinträchtigen.

Wirtschaftspläne für 1981 bis 1985

Bisher liegt über die *Planabsichten der RGW-Länder für 1981 bis 1985* kein hinreichend konkretes Zahlenmaterial vor. Bis jetzt wurde nur in Ungarn der Fünfjahresplan selbst, in Bulgarien, der ČSSR, in Rumänien und der UdSSR der Entwurf oder die "Grundrichtlinien" zum Plan veröffentlicht. In Polen hat der im Frühjahr 1980 am Parteitag festgelegte Fünfjahresplan unter dem Druck der krisenhaften Entwicklungen seine Gültigkeit verloren. In der DDR ist mit der Verabschiedung des Fünfjahresplans erst im II. Quartal 1981 zu rechnen⁴⁾.

Diese unvollständige Datenlage im Planbereich erschwert eine detaillierte Einschätzung der künftigen Entwicklung der gesamten Region im Lichte der wirtschaftspolitischen Absichten der einzelnen RGW-Länder. Nichtsdestoweniger lassen sich auf Grund des vorhandenen Materials allgemeine Tendenzen des Wirtschaftswachstums in den kommenden Jahren feststellen. Es wird dabei angenommen, daß sich die Wirtschaftsentwicklung in Bulgarien, in der ČSSR, in Ungarn und der UdSSR im Einklang mit den Planvorgaben vollzieht; für Rumänien wird in der Aggregation ein Wachstum von 6,1%, also 1 Prozentpunkt unter dem Planansatz, angenommen, da die tatsächliche Wachstumsrate des vergangenen Planjahrfünfts unter den erschwerten Bedingungen kaum erreicht werden kann. Für die DDR, deren Planabsichten zur Zeit noch unbekannt sind, kann das Wirtschaftswachstum um 0,5% bis 1% p. a. niedriger angenommen werden als 1976 bis 1980; unter der Voraussetzung einer politischen Stabilisierung und einer mehrjährigen Umschuldung sowie der Bereitschaft des Westens, Polen neue Kredite einzuräumen, könnte die Wirtschaft Polens 1981 bis 1985 im Jahresdurchschnitt um 2% wachsen.

Sogar unter diesen sehr optimistischen Voraussetzungen wird das Wirtschaftswachstum der gesamten RGW-Region, gemessen am aggregierten Nationalprodukt, mit 3,4% bis 3,7% p. a. unter dem Durchschnitt der Vorjahre (4,2%) liegen.

Der 11. sowjetische Fünfjahresplan

In der UdSSR wurden auf dem Parteitag im Februar 1981 die "Grundrichtlinien der wirtschaftlichen und

³⁾ Die UdSSR hatte 1980 bereits einen kleinen Handelsbilanzüberschuß von etwa 2 000 Mill. \$ gegenüber dem Westen (vgl. Übersicht 3).

⁴⁾ Die Direktiven zum 5. Fünfjahresplan sind nach Redaktionsschluß veröffentlicht worden. Die dort bekanntgegebenen Wachstumsraten sind im Lichte der Entwicklung in den letzten Jahren überraschend hoch.

Ausgewählte Kennzahlen für die UdSSR

	1971 bis 1975	1976 bis 1980		1978	1979	1980		1981	1981 bis 1985
		Plan	Ist			Plan	Ist	Plan	Plan
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %								
<i>Nationalprodukt</i>									
produziert	5,7		4,2 ¹⁾	5,1	2,5				
verwendet	5,1	4,7	3,8	4,3	2,0	4,0	3,8	3,4	3,4 bis 3,7
<i>Industrie</i>									
Bruttoproduktion	7,4	6,3	4,5	4,8	3,4	4,5	3,6	4,1	4,7 bis 5,1
Beschäftigte	1,5	0,8	1,3	1,7	1,3	0,7	1,0	0,5	0,5
Arbeitsproduktivität	6,0	5,5	3,2	3,0	2,4	3,8	2,6	3,6	4,2 bis 4,6
<i>Landwirtschaft</i>									
Bruttoproduktion	0,8	5,3	1,2	2,7	- 3,7	8,8	- 3,0	7,5	4,8 bis 5,5
pflanzliche	- 1,0			5,0	- 6,8				
tierische	2,3			0,8	- 1,2				
Brutto-Anlageinvestitionen	7,0	3,0	3,4	6,1	0,7	2,7	2,0	4,5	2,1 bis 3,1
Einzelhandelsumsätze	6,3	5,2	5,0	4,6	5,2	5,1	5,3	3,9	4,0 bis 4,6
Privater Konsum									
Gesellschaftlicher Konsum	7,1	5,3	5,2	5,7	4,5	5,5	5,7	4,3	3,7
Durchschnittliche Löhne und Gehälter	3,6	3,1	2,9	3,0	2,1	2,1	3,2	1,8	2,4 bis 3,0
Realeinkommen je Einwohner	4,4	3,9	3,3	3,0	3,0	2,9	3,5	2,9	3,0 bis 3,3
Einzelhandelspreise	- 0,1		0,5	0,7	1,3				
Exporte insgesamt	15,8		15,7	7,3	18,9		17,4		
Importe insgesamt	20,4		11,0	14,8	9,6		18,9		
Exporte nach dem Westen	23,3		22,2	- 1,3	43,7		26,8		
Importe aus dem Westen	30,7		10,2	10,6	20,7		18,7		

¹⁾ Schätzung: produziertes Nationalprodukt kumuliert von 1976 bis 1979 + verwendetes Nationalprodukt 1980

sozialen Entwicklung der UdSSR in den Jahren 1981 bis 1985 und im Zeitraum bis 1990“ verabschiedet. Ursprünglich sollte für die achtziger Jahre ein Zehnjahresplan ausgearbeitet werden, dabei sollte der Plan für das erste Jahrfünft nach einzelnen Jahren gegliedert sein und für das zweite die gesamte Fünfjahresperiode erfassen. Zur Zeit liegen aber nur Angaben für die Periode 1981 bis 1985 sowie eine einzige Zahl für die gesamte Periode 1981 bis 1990 vor (Wachstum des Nationaleinkommens 3,4% p. a. „als ein Minimum“). Die zur Zeit unabsehbaren Entwicklungen (internationale Lage, Folgen der Polenkrise, Führungswechsel) könnten in den kommenden Jahren zu einer Neuformulierung der sowjetischen Wirtschaftsstrategie führen.

Das geplante Wirtschaftswachstum von etwa 3,5% p. a. — die niedrigste Wachstumsrate, die je in der UdSSR veranschlagt wurde — bestätigt die im Westen prognostizierte Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Gemessen an der Verschlechterung der internen Rahmenbedingungen, mit der sich die sowjetische Wirtschaft in den achtziger Jahren konfrontiert sieht, ist der neue Wirtschaftsplan trotz bescheidenerer Ansätze viel stärker angespannt als frühere Fünfjahrespläne. Die Produktionsziele gehen nämlich von einer sehr günstigen Entwicklung der Arbeits- und Kapitalproduktivität aus. Für das Erreichen der geplanten Produktivitätssteigerungen findet man im veröffentlichten Text die bereits aus den früheren Plandokumenten bekannten und sich in verschiedenen Variationen wiederholenden Aufforderungen zur effektiven Nutzung von Kapitalstock, Rohstoffen und Arbeitskräfteresourcen

Für die Arbeitsproduktivität in der Industrie wird ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 4,2% bis 4,6%, gegenüber 3,2% im Zeitraum 1976 bis 1980, geplant. An Stelle der erreichten 70% sollen 90% des Produktionszuwachses in der Industrie durch die Steigerung der Produktivität gesichert werden. Auch in anderen Wirtschaftsbereichen wird mit einer ähnlichen Beschleunigung des Wachstums der Arbeitsproduktivität gerechnet. Im abgelaufenen Planjahrfünft war es noch möglich, den Planrückstand in der Arbeitsproduktivität teilweise durch überplanmäßige Beschäftigung zu kompensieren, ähnliches dürfte infolge der stark ausgelasteten Arbeitskräftereserven in den achtziger Jahren schwieriger sein: Man rechnet nur mit einer Zunahme der Industriebeschäftigung von 0,5% p. a.

Auch für die Kapitalproduktivität scheint die angesetzte Entwicklung unrealistisch zu sein. Der neue Fünfjahresplan sieht eine wesentliche Abschwächung des Investitionswachstums vor, die Brutto-Anlageinvestitionen sollen um nicht mehr als 2,1% bis 3,1% im Jahresdurchschnitt zunehmen (1976 bis 1980 3,5% p. a.). Planangaben über die Entwicklung des Kapitalstocks liegen zur Zeit nicht vor, statt dessen ermöglichen die veröffentlichten Daten die Berechnung des marginalen Kapitalkoeffizienten (*ICOR* = Verhältnis der Brutto-Anlageinvestitionen zum Zuwachs des Netto-Materialproduktes zu konstanten Preisen), der für die Planperiode 1981 bis 1985 unter 3 liegen soll — ein Wert, der sogar in den sechziger Jahren, als dieser Koeffizient sich noch relativ günstig gestaltete, nicht erreicht werden konnte (vgl. Übersicht 4). Im Zeitraum 1966 bis 1980 stieg nämlich der marginale

Kapitalkoeffizient in den aufeinanderfolgenden Fünfjahresperioden von 3,9 auf 5,3 und 6,9. Die im Plan implizierte Verbesserung der Kapitalproduktivität ist bei den systembedingten Gegebenheiten und der wirtschaftlich notwendigen Verschiebung der Investitionsmittel in die kapitalintensiveren Bereiche kaum möglich. Der Kapitalbedarf in der Infrastruktur, im Verkehrswesen, im Dienstleistungssektor, vor allem aber im Bereich der Roh- und Brennstoffe wird in den kommenden Jahren sicherlich steigen.

Im Zeitraum 1981 bis 1985 soll das verwendete *Nationalprodukt* dem Plan zufolge jahresdurchschnittlich um 3,4% bis 3,7% zunehmen (1976 bis 1980: Plan 4,7%, tatsächliche Entwicklung 3,8%) Für die Wachstumsrate des produzierten Nationalproduktes liegt keine Angabe vor.

Die *Industrieproduktion* soll in den kommenden Jahren um 4,7% bis 5,1% p. a. zunehmen, sogar rascher als im abgelaufenen Planjahrfünft (4,5% p. a.). Die markante Abschwächung des tatsächlichen Industriebeschwungs in den Jahren 1979 und 1980 (3,5% p. a.) hatte offensichtlich auf die Festlegung der Planzahlen keinen Einfluß.

Die Industriestruktur soll sich in den nächsten Jahren weniger verändern als früher. Im Maschinenbau, der weiterhin zu den Wachstumsindustrien gehören wird, soll sich das Wachstum von 8,1% auf 7% verlangsamen, was teilweise auf die gebremste Investitionsnachfrage zurückzuführen ist. Noch ausgeprägter ist der Rückgang der Wachstumselastizität dieses Industriezweigs gegenüber der Gesamtindustrie (von 1,8 auf 1,4). In der Chemie ist die geplante relative Wachstumsabschwächung (die Wachstumselastizität sinkt von 1,31 auf 1,15) auf die Tendenz der Verknappung von Rohöl für die Petrochemie zurückzuführen. Rascher als in den letzten Jahren sollen dagegen die Baustoffindustrie sowie die Holz- und Papierindustrie expandieren. Bemerkenswert ist die Wachstumsbeschleunigung in der Nahrungsmittelindustrie (die Elastizität steigt von 0,29 auf 0,91), die offensichtlich mit den ehrgeizigen Produktionszielen in der Landwirtschaft zusammenhängt. Demgegenüber wird die Position der Leichtindustrie gegenüber der Gesamtindustrie nicht verbessert. Die Produktion von Konsumgütern soll aber insgesamt viel rascher zunehmen als in den Vorjahren (4,9% bis 5,2% gegenüber 3,8%), was vorwiegend auf die geplante Beschleunigung der Er-

Übersicht 7

Wachstum der Industrieproduktion der UdSSR in einzelnen Zweigen

	1976 bis 1980	1981 bis 1985	1976 bis 1980	1981 bis 1985
	Plan		Wachstumselastizität Industrie insgesamt = 1	
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %			
Industrie insgesamt	4,5	4,7 bis 5,1	1,00	1,00
Produktionsmittel	4,7	4,7 bis 5,1	1,04	1,00
Konsumgüter	3,8	4,9 bis 5,2	0,84	1,03
Energie insgesamt ¹⁾	4,4	2,7 bis 3,5	0,98	0,63
Maschinenbau	8,1	7,0	1,80	1,42
Chemische Industrie	5,9	5,4 bis 5,9	1,31	1,15
Leichtindustrie	3,3	3,4 bis 3,7	0,73	0,72
Nahrungsmittelindustrie	1,3	4,2 bis 4,7	0,29	0,91
Baustoffindustrie	1,8	3,1 bis 3,5	0,40	0,67
Holz-, holzverarbeitende und Papierindustrie	1,5	3,1 bis 3,5	0,33	0,67

¹⁾ Rohöl Erdgas Kohle und Primärstrom umgerechnet in Steinkohleneinheiten

zeugung von Nahrungsmitteln (43% des Konsumbereichs) zurückzuführen ist.

Der neue Fünfjahresplan sieht eine weitere Wachstumsabschwächung der Energieproduktion von 4,4% p. a. auf 2,7% bis 3,5% p. a. vor, was hauptsächlich auf die geplante drastische Verlangsamung des Wachstums der Erdölförderung zurückzuführen ist (von 4% p. a. im abgelaufenen Planjahrfünft auf 0,6% bis 1,4% p. a. in den kommenden Jahren)⁵⁾ Bei der Erdgasförderung ist eine geringfügige Verlangsamung des bisherigen Wachstums geplant (1976 bis 1980 8,5%, Plan 1981 bis 1985 6,6% bis 8,0% p. a.) Die Kohlenförderung, die 1979 und 1980 rückläufig war (für die gesamte Periode 1976 bis 1980 +0,4% p. a.), soll, dem Plan zufolge, wieder mäßig steigen (1,5% bis 2,2% p. a.), was nur möglich sein dürfte, wenn es gelingt, die seit langem im Bau befindlichen Kohlengruben bald in Betrieb zu setzen. Trotz der geplanten Ausweitung der Primärstromerzeugung, darunter hauptsächlich Kernenergie (14% der gesamten Stromerzeugung im Jahre 1985), sieht der Plan eine langsamere Entwicklung der Elektroenergie (von 4,6% auf 3,6% bis 4,2%) vor.

Bemerkenswert sind die ehrgeizigen Planziele für den *Agrarsektor*. Die landwirtschaftliche Produktion soll zwischen 1980 und 1985 im Jahresdurchschnitt um 4,8% bis 5,5% gesteigert werden, wobei sie im abge-

⁵⁾ In den ersten zwei Monaten 1981 wurde nur mehr eine Wachstumsrate von 0,8% erreicht

Übersicht 8

Energieproduktion der UdSSR nach einzelnen Energieträgern

		1975	1976 bis 1980		1980	1981 bis 1985	1985
		Ist absolut	Plan Durchschnittliche jährliche Veränderung in %	Ist jährliche Veränderung in %	Ist absolut	Plan Durchschnittliche jährliche Veränderung in %	Plan absolut
Elektroenergie	Mrd. kWh	1 039	5,2 bis 5,9	4,6	1 300	3,6 bis 4,2	1 550 bis 1 600
Erdöl	Mill. t	491	4,7 bis 5,4	4,2	603	0,6 bis 1,4	620 bis 645
Erdgas	Mill. m ³	289	6,7 bis 8,5	8,5	435	6,6 bis 8,0	600 bis 640
Kohle	Mill. t	701	2,5 bis 3,0	0,4	716	1,5 bis 2,2	770 bis 800

Übersicht 9

Getreide- und Fleischproduktion der UdSSR

	1966 bis 1970	1971 bis 1975	1976 bis 1980	1980	1981 bis 1985
	Durchschnittliche Jahresproduktion in Mill. t				
Getreide	167,6	181,6	205,1	189,2	238 bis 243
Fleisch	11,6	14,0	14,8	15,1	17 bis 17,5

laufenden Planjahrfünft um kaum 1,2% p. a. zunahm (siehe Übersicht 6). In den kommenden Jahren sollen im Jahresdurchschnitt 238 bis 243 Mill. t Getreide gegen 205 Mill. t im vergangenen Planjahrfünft geerntet werden. Die anvisierten Getreidemengen liegen im Jahresdurchschnitt über dem einmaligen Rekordergebnis von 237 Mill. t im Jahr 1978.

Auch die Planaufgaben für die Fleischerzeugung, die von 14,8 Mill. t im Jahresdurchschnitt des vergangenen Planjahrfünfts auf jährlich 17 bis 17,5 Mill. t steigen soll, sind sehr optimistisch gesetzt. Die höchste Fleischproduktion wurde im Jahre 1975 erzielt (15,5 Mill. t).

Eine Folge der wachsenden Schwierigkeiten auf dem Nahrungsmittelsektor ist vermutlich auch der kürzlich bekanntgegebene Erlass der Regierung über "zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Produktion der persönlichen Hilfswirtschaften". Kernstück des neuen Erlasses ist, daß künftig Inhaber der privaten Hofwirtschaften reguläre Verträge mit staatlichen Organisationen über den Verkauf von Vieh, Geflügel und Milch abschließen können, und daß Wirtschaften, die unter solche Verträge fallen, von den Obergrenzen der Tierhaltung befreit werden sollen. Im allgemeinen war es bis jetzt einem Haushalt nicht erlaubt, mehr als zwei Kühe oder zwei Schweine und zehn Schafe zu halten. Weitere Maßnahmen sehen auch die bessere Versorgung der privaten Wirtschaften mit Tierfutter und Werkzeugen wie auch erleichterte Bankkredite vor. Hinter diesem Beschluß liegt offensichtlich die Erfahrung, daß die Marktlieferungen aus dem privaten Agrarsektor in den letzten Jahren zurückgegangen sind.

Das im neuen Plan sehr niedrig angesetzte *Investitionswachstum* dürfte sich früher oder später als Hemmnis für das Erreichen der Produktionsziele erweisen. Bereits in den vergangenen fünf Jahren ist das Investitionswachstum auf die Hälfte reduziert worden (von 7,0% auf 3,4% p. a.), der neue Plan mit einer jährlichen Steigerung von 2,1% bis 3,1% setzt die restriktive Investitionspolitik fort. Dafür soll die Effizienz der Investitionen durch ihre Umstrukturierung gesteigert werden.

Bei der Finanzierung sollen — wie bei früheren Plänen — die bereits begonnenen Objekte bevorzugt werden, gleichzeitig wird Zurückhaltung bei neuen Großprojekten angekündigt. Eine zahlenmäßige Aufschlüsselung der geplanten Investitionen liegt zwar nicht vor, doch zeichnen sich bestimmte Schwerpunkte ab. In erster Linie sollen der Brennstoff- und

Energiebereich, das Transportwesen und die Nachrichtenübermittlung bevorzugt werden.

Der Anteil der Landwirtschaft am gesamten Investitionsaufwand soll gleich bleiben. Dies bedeutet eine Investitionssteigerung von nur 2% bis 3% jährlich, was auch aus den Planangaben über die Lieferung von Lastkraftwagen, Traktoren und Mähdreschern zu schließen ist. Nur die Energieintensität in der Landwirtschaft (Elektroenergie je Beschäftigten) soll bis 1985 kräftig (um 7% bis 8,4% p. a.) zunehmen.

Die geplante Abschwächung des Investitionswachstums ist offensichtlich auf die Entscheidung der sowjetischen Führung zurückzuführen, auch bei verlangsamttem Wirtschaftswachstum eine mäßige Steigerung des *Konsums* zu sichern. Es dürfte aber kaum möglich sein, die im Plan formulierten Produktionsziele zu erreichen, ohne den Investitionsplan nach oben zu revidieren. Dies könnte aber nur auf Kosten des Konsums geschehen, wobei zu bedenken ist, daß der Lebensstandard der UdSSR ohnehin deutlich unter dem RGW-Durchschnitt liegt.

Überraschend ist die Diskrepanz zwischen der geplanten Beschleunigung der Produktion von Konsumgütern (von 3,8% auf 4,9% bis 5,2% p. a.) und der Verlangsamung im Wachstum der Einzelhandelsumsätze (von 5,0% auf 4,0% bis 4,6% p. a.). Die Verlangsamung im Einzelhandelsumsatz entspricht im großen und ganzen den Planangaben für die Einkommen (Löhne und Gehälter, Einkommen der Kolchosbauern). Vor allem sollen aber die Transfereinkommen und sonstige gesellschaftliche Ausgaben mit 3,7% im Jahresdurchschnitt deutlich langsamer wachsen als in den letzten Jahren (statt 5,2% nun 3,7% p. a.).

Die Diskrepanz zwischen der geplanten Konsumgüterproduktion und den Einzelhandelsumsätzen (als Indikator für den privaten Konsum) kann verschieden interpretiert werden. Einerseits dürfte die Lagerbildung einschließlich strategischer Reserven ausgeweitet werden, andererseits könnten auf Grund des verstärkten Engagements der UdSSR in Asien (z. B. in Afghanistan, Vietnam) und auch in Afrika sowie auch wegen der Polenkrise in verstärktem Ausmaß Konsumgüterexporte notwendig werden.

Für den Außenhandel liegen zur Zeit keine quantitativen Planangaben vor, auch nicht für den Intra-RGW-Handel; doch wird im Plandokument auf die Wichtigkeit des Ausbaus der RGW-Integration im Rahmen der fünf Zielprogramme sowie auf Grund bilateraler langfristiger Programme der Spezialisierung und Kooperation hingewiesen. Es wird auch die Zweckmäßigkeit direkter Verbindungen zwischen den Zweigministerien und den Industrievereinigungen der UdSSR und ihren RGW-Partnern unterstrichen. Angesichts der schwierigen Wirtschaftsprobleme der kleineren RGW-Länder ist kaum anzunehmen, daß sich der Handelsbilanzüberschuß der UdSSR gegenüber diesen Ländern verringern wird.

Der Außenhandel mit den westlichen Industrieländern dürfte in den kommenden Jahren nicht an Bedeutung verlieren. In einigen wichtigen Bereichen ist die UdSSR in besonderem Maße an Technologieimporten aus dem Westen interessiert⁶⁾. In den letzten Jahren konnte die UdSSR das Handelsdefizit gegenüber dem Westen sukzessive abbauen und 1980 einen Exportüberschuß erzielen. Dies war eine Folge der größeren Einnahmen aus den wertmäßig höheren Brennstoffexporten und des US-Embargos. Getreide wurde verstärkt aus Entwicklungsländern (Argentinien, Brasilien) importiert, allerdings gleichfalls gegen Bezahlung in konvertierbaren Währungen.

Da sich das Wirtschaftswachstum ständig abschwächt und eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit kaum zu erwarten ist, stellt sich die Frage nach den Aussichten einer tiefgreifenden *Wirtschaftsreform*, die die Anpassungsfähigkeit an veränderte Rahmenbedingungen erhöhen könnte. In den "Richtlinien" zum neuen Fünfjahresplan findet sich — wie bereits in früheren Plandokumenten — ein umfangreicher Abschnitt über die Notwendigkeit der "Vervollkommnung" der Methoden der Planung und Leitung auf allen Entscheidungsstufen der Wirtschaft. Gemeint ist damit der Mitte 1979 gefaßte Beschluß über Veränderungen im Planungssystem, die ab 1981 durchgeführt werden sollen. Mit diesen Maßnahmen sollen zwei gegensätzliche Zielvorstellungen verwirklicht werden. Einerseits sollen, wie auch im neuen Fünfjahresplan angeführt wird, die wachsenden Probleme einer modernen Wirtschaft durch stärkere Zentralisierung und strengere Disziplin, bei verbessertem und rascherem Informationsfluß zwischen der Mikro- und der Makroebene (Unternehmungen-Zentrum) bewältigt werden. Die zweite Reformrichtung besteht in der Verschiebung der laufenden Entscheidungsbefugnisse zu den Betrieben und den Produktionsverbänden; dies erfordert eine größere Autonomie der Betriebe und eine radikale Verlagerung von verbindlichen quantitativen zu qualitativen Planindikatoren.

⁶⁾ Vgl. hierzu die Reden von *Brezhnev* und *Tichonov* am 26. Par- teitag, Pravda vom 24. Februar und vom 28. Februar 1981.

Ähnliche Kompromißlösungen, die bereits in den sechziger Jahren versucht wurden, sind jedoch gescheitert, denn die Logik des bestehenden Machtsystems und des politischen Mechanismus unterbindet konsequente Veränderungen in Richtung der zweiten Reformvorstellung. Wie in der Vergangenheit oder in anderen RGW-Ländern stößt sie auf den Widerstand der Partei- und Staatsbürokratie, deren Kontrolle über Wirtschaftsentscheidungen und Ressourcenverteilung durch eine Reform bedroht wäre. Konfrontiert mit unsicheren langfristigen Vorteilen und hohen kurzfristigen Risiken wird die sowjetische Führung wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren eine konsequente Lösung dieser Art kaum wagen.

Künftige Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa

In den meisten Ländern Osteuropas wird sich das *Wirtschaftswachstum* in der ersten Hälfte der achtziger Jahre weiter verlangsamen. In Polen ist die künftige Entwicklung nicht absehbar; für die Prognose des Wirtschaftswachstums wurde hier eine optimistische Variante gewählt, die nur unter gewissen Voraussetzungen denkbar ist. Wahrscheinlich kann in den ersten zwei Jahren kaum mit positiven Wachstumsraten gerechnet werden, doch könnte sich die Entwicklung nach Überwindung der Krise beträchtlich beschleunigen. Danach würde das Wirtschaftswachstum Polens im Zeitraum 1981 bis 1985 mit 2% im Jahresdurchschnitt höher liegen als 1976 bis 1980 (1,6% p. a.). Selbst unter dieser Annahme wird das Wirtschaftswachstum der gesamten osteuropäischen Region, gemessen am aggregierten Nationalprodukt, mit 3,4% bis 3,8% p. a. etwas unter dem Durchschnitt der Periode 1979/80 (3,9% p. a.) liegen; ohne Polen ist die Verlangsamung viel stärker ausgeprägt. Die Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft wird gemäß den Planintentionen von unterschiedlichen Tendenzen geprägt sein. Während die Industrieproduktion in den meisten Ländern Osteuropas schwächer expandieren soll als in den Vorjahren, rechnet man in der Landwirtschaft, nach einer sehr

Übersicht 10

	Nationalprodukt						
	1976 bis 1980 Plan	1976 bis 1980	1979	1980 Plan	1980	1981 Plan	1981 bis 1985 Plan
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %							
Bulgarien	7,7	6,1	6,6	5,7	5,7	5,1	4,6 bis 5,4
ČSSR	4,9	3,7	3,1	3,7	3,0	2,8	2,7 bis 3,0
DDR	5,0	4,1	3,6	4,8	4,2	5,0	3,1 bis 3,6 ¹⁾
Polen	7,0 bis 7,3	1,6	-2,3	1,4 bis 1,8	-4,0	1,0 bis 1,5 ²⁾	2,0 ³⁾
Rumänien	11,0	7,1	6,2	8,8	2,5	7,0	6,7 bis 7,4 ³⁾
Ungarn	5,4 bis 5,7	3,6	1,7	3,0 bis 3,5	1,0	2,0 bis 2,5	2,7 bis 3,2
Osteuropa	6,9	3,9	2,2	4,3	1,0	3,7	3,4 bis 3,8
UdSSR	4,7 ⁴⁾	4,4	2,5	4,0 ⁴⁾	3,8 ⁴⁾	3,4 ⁴⁾	3,4 bis 3,7 ⁴⁾
RGW	5,4	4,2	2,4	4,1	2,7	3,5	3,4 bis 3,7

¹⁾ Schätzung — ²⁾ Inoffizielle polnische Angaben — ³⁾ In der Aggregation wurde für Rumänien 6% eingesetzt — ⁴⁾ Verwendetes Nationalprodukt

Brutto-Industrieproduktion

	1976 bis 1980 Plan	1976 bis 1980	1979	1980 Plan	1980	1981 Plan	1981 bis 1985 Plan
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
Bulgarien	9,2	6,2	5,0	6,3	4,1	5,6	5,4 bis 6,2
ČSSR	5,9	4,5	3,7	3,7	3,2	2,7	3,4 bis 3,7
DDR	6,0	4,9	4,5	4,7	4,7	5,0	4,0 ¹⁾
Polen	8,2 bis 8,5	4,3	2,5	3,0 bis 4,2	-1,3	0,0 ²⁾	3,0 ¹⁾
Rumänien	11,5	9,5	8,0	11,4	6,5	7,0	8,0 bis 9,0
Ungarn	6,0	3,4	2,8	3,5 bis 4,0	-1,7	3,0 bis 3,5	3,5 bis 4,1
Osteuropa	7,8	5,4	4,3	5,4	2,5	3,4	4,3 bis 4,6
UdSSR	6,3	4,5	3,4	4,5	3,6	4,1	4,7 bis 5,1
RGW	6,7	4,8	3,7	4,8	3,4	3,9	4,6 bis 5,0

¹⁾ Schätzung — ²⁾ Inoffizielle polnische Angaben

ungünstigen Entwicklung in den letzten Jahren, mit einer Beschleunigung des Wachstums der Produktion.

Die gesamte *Industrie* Osteuropas soll um 4,3% bis 4,6% gegenüber 5,4% in den Vorjahren zunehmen. Der sparsamere Umgang mit Energie in der Industrie wird in allen Plänen für die kommenden Jahre hervorgehoben. Er ist wichtigster Bestandteil der Energiepolitik, die darauf abzielt, die inländischen Ressourcen verstärkt zu nutzen, den Anstieg des Energieverbrauchs zu begrenzen und neue Energiequellen — in erster Linie Kernkraft — einzusetzen. Einsparungen und die damit verbundenen Umstrukturierungen erfordern aber umfangreiche Investitionen, für die der Spielraum knapp ist.

In der verarbeitenden Industrie soll nach wie vor der Maschinenbau am stärksten expandieren, dabei wird der Exportindustrie sowie importsubstituierenden Branchen der Vorrang eingeräumt. Für die Modernisierung der Wirtschaft werden die elektronische und die datenverarbeitende Industrie forciert. In Polen dürfte das Schwergewicht in der Nahrungsmittelindustrie und in Industriezweigen, die für die Landwirtschaft produzieren (Lkw-Erzeugung, Maschinen, Dünge- und Pflanzenschutzmittel), liegen. Die chemische Industrie soll in einigen Ländern weiterhin überdurchschnittlich wachsen. Im Hinblick auf Beschränkungen der Importe von Rohöl aus der UdSSR und von anderen chemischen Vorprodukten, die teilweise aus dem Westen bezogen werden, ist allerdings die

geplante Expansion dieses Industriezweigs problematisch.

Wie bereits erwähnt, rechnet man in der *Landwirtschaft* mit einer Beschleunigung des Produktionswachstums in den kommenden Jahren, was im Hinblick auf die schlechten Witterungsbedingungen in der vergangenen Fünfjahresperiode möglich sein könnte. Dennoch scheinen die Planzahlen etwas zu optimistisch zu sein. Um die Abhängigkeit von Futtermittelimporten stufenweise abzubauen, wird das Schwergewicht darauf gelegt, einen Vorsprung in der pflanzlichen Produktion (bei Getreide und Futtermitteln) gegenüber Viehzucht und tierischer Produktion zu erreichen. Trotzdem muß mit zusätzlichen Importen von Futtermitteln aus dem Westen gerechnet werden.

Die Entwicklung auf der Verwendungsseite wird weiterhin von dem Bestreben beeinflußt sein, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht herzustellen. Bei abgeschwächtem Wirtschaftswachstum wird die restriktive Importpolitik bei gleichzeitiger Maximierung der Exporte den Spielraum für die Entwicklung der Investitionen und des Konsums besonders einengen. Daher sollen im Jahre 1981 die *Investitionen* in den meisten Ländern Osteuropas auf dem Vorjahresniveau stagnieren. In Polen, wo bereits seit langem eine streng restriktive Investitionspolitik betrieben wird, will man 1981 die Investitionen drastisch reduzieren, wahrscheinlich um 15%. In der ČSSR sollen die Investitionen 1981 bis 1985 überhaupt nicht wachsen. In sämt-

Landwirtschaftliche Bruttoproduktion

	1976 bis 1980 Plan	1976 bis 1980	1979	1980 Plan	1980	1981 Plan	1981 bis 1985 Plan
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
Bulgarien	4,1	1,8	6,0	3,7	-4,9	4,7	3,7 bis 4,0
ČSSR	3,6	2,1	-4,2	7,2	6,0	2,6	2,7 bis 3,0
DDR	4,2	1,0	-0,2	0,5	2,0	0,8	
Polen	4,3	-1,5	-1,5	5,8	-9,6	-15,0 ¹⁾	
Rumänien	7,9 bis 9,0	3,6	5,5	4,7 bis 6,0	-5,0	-9,0 ²⁾	7,6 bis 8,5
Ungarn	3,4	2,1	-0,1	5,0 bis 5,5	4,6	3,0	2,5 bis 3,4
UdSSR	5,1	1,2	-3,7	8,8	-3,0	7,4	4,8 bis 5,5

¹⁾ Inoffizielle polnische Angaben — ²⁾ Nettoproduktion

lichen Plandokumenten findet man die Direktive, den Umfang neuer Investitionsvorhaben stark einzuschränken und Investitionen in erster Linie zur Modernisierung und Erneuerung der bestehenden Anlagen zu tätigen. Ob diese aufgezwungene Zurückhaltung bei Investitionen durchgehalten werden kann, bleibt dahingestellt, da die geplanten Wachstumsraten der Produktion ohne eine wesentliche Erneuerung des Produktionsapparates mittelfristig kaum zu erreichen sind. Auf jeden Fall muß sich diese Investitionspolitik auf das Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre negativ auswirken. In Ungarn hofft man aber, die Investitionstätigkeit gegen Ende der Planperiode wieder etwas beschleunigen zu können. Über die Branchenstruktur der Investitionen liegen keine Planangaben vor.

Die vorliegenden Plandaten lassen keine wesentliche Verbesserung des *Lebensstandards* in Osteuropa in den kommenden Jahren erkennen. Das inländische Warenangebot (gemessen am geplanten Wachstum der Einzelhandelsumsätze) sowie die Einnahmen der Bevölkerung werden noch hinter dem gedämpften Wirtschaftswachstum zurückbleiben.

Der *Außenhandel* wird in den veröffentlichten Plandokumenten nur knapp behandelt. Auf Grund des abgeschwächten Wirtschaftswachstums in Ost und West müssen am Anfang der achtziger Jahre die ökonomischen Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen als ungünstig eingeschätzt werden. Im Gegensatz zum Beginn der siebziger Jahre können auch von den eher ungünsti-

gen politischen Rahmenbedingungen keine Impulse erwartet werden.

Die kleineren RGW-Länder werden weiterhin versuchen, die Handelsdefizite gegenüber dem Westen vorwiegend durch Importrestriktionen abzubauen, da die Aussichten für eine Ausweitung der Exporte eher gering sind. Die Absatzmöglichkeiten auf den westlichen Märkten sind nicht nur im Hinblick auf die abgeschwächte Nachfrage beschränkt, sondern auch wegen der zunehmenden Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungsländer, die in herkömmlichen Exportbranchen der verarbeitenden Industrie mit den Ländern Osteuropas erfolgreich zu konkurrieren vermögen. Der Beitritt Griechenlands und Spaniens zur EG dürfte die Möglichkeiten des Exports landwirtschaftlicher Produkte aus Osteuropa (Bulgarien, Ungarn, Rumänien) in die EG beeinträchtigen.

Diese neuen Entwicklungen im internationalen Handel werden in den kommenden Jahren anhalten und die Exportmöglichkeiten der osteuropäischen Länder auf den westlichen Märkten zunehmend erschweren.

Auch der Intra-RGW-Handel wird sich schwieriger gestalten als in den Vorjahren. Die Krise in Polen beginnt nachhaltige Wirkung auf die Wirtschaftsbeziehungen im RGW zu zeigen. Polen verzeichnete 1980 ein Handelsdefizit gegenüber den RGW-Partnern von über 1 Mrd. \$, herbeigeführt vor allem durch Ausfälle an polnischen Exporten, aber auch durch Extralieferungen von Konsumgütern aus anderen osteuropäischen Ländern. Auch die in Polen beabsichtigte Streichung verschiedener Investitionsprojekte dürfte

Übersicht 13

Brutto-Anlageinvestitionen

	1976 bis 1980 Plan	1976 bis 1980	1979	1980 Plan	1980	1981 Plan	1981 bis 1985 Plan
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
Bulgarien	4,7	3,1 ¹⁾	-2,2	16,7	12,7 ²⁾	3,7 ²⁾	1,5 bis 3,8
ČSSR	5,4	3,4	1,8	2,4	1,2	0,0	0,0
DDR	4,2	4,0	0,3	0,0	2,0	0,0	
Polen	0,2	-2,3	-7,0	-8,1	-10,5	-15,0	
Rumänien	12,8	8,7	4,1	4,9	3,1	0,0	4,8 bis 6,1
Ungarn	2,1	4,6 ¹⁾	1,1	-4,5	-8,9		4,7 bis 5,1 ³⁾
UdSSR	3,0	3,4	0,7	3,3	2,0	4,5	2,1 bis 3,1

¹⁾ 1976 bis 1979 — ²⁾ Vermutlich zu laufenden Preisen — ³⁾ Anlagevermögen

Übersicht 14

Einzelhandelsumsätze
(Zu konstanten Preisen)

	1976 bis 1980 Plan	1976 bis 1980	1979	1980 Plan	1980	1981 Plan	1981 bis 1985 Plan
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
Bulgarien	7,0	4,4	2,3	4,6	6,0	4,8	3,7 bis 4,0
ČSSR ¹⁾	4,3 bis 4,6	2,7	3,6	3,4	2,0	2,3	
DDR	3,7 bis 4,1	4,0	3,5	4,0	4,1	4,0	
Polen	9,8	3,0	2,7	0,2	-1,9		
Rumänien ¹⁾	7,8 bis 8,2	8,2	7,1	9,3	6,4	6,0	5,4 bis 6,4
Ungarn	4,8	2,6	1,7	1,0	-0,3	1,0	1,5
UdSSR ¹⁾	5,2	4,5	4,1	5,1	5,3	3,9	4,0 bis 4,6

¹⁾ Zu laufenden Preisen

	Löhne und Verbraucherpreise						1981 Plan	1981 bis 1985 Plan
	1976 bis 1980 Plan	1976 bis 1980	1979	1980 Plan	1980	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		
<i>Bulgarien</i>								
Löhne nominell	3 0	4,3	4,9			9,7		2,7
Verbraucherpreise		1,7 ¹⁾	4,6					
Löhne real		2,6	0,3					
<i>ČSSR</i>								
Löhne nominell	2 5 bis 2 9	2,8	2,5	2 8	2,4		1,7	
Verbraucherpreise		2,2 ²⁾	3,9	2,9	3,5 ²⁾			
Löhne real		0,6 ²⁾	-1,3	-0,1	-1,5 ²⁾			
<i>DDR</i>								
Löhne nominell			3,5					
Verbraucherpreise			0,2					
Löhne real		3,3 ¹⁾	3,3					
<i>Polen</i>								
Löhne nominell		8,7	8,8	6,9	12,8			
Verbraucherpreise		7,0	6,7	5,8	10,0			
Löhne real	3 0 bis 3 4	1,7	2,0	1,0	3,0			
<i>Rumänien</i>								
Löhne nominell	7,3	7,2	4,8		6,2	4,6		3 0 bis 3 4
Verbraucherpreise	1 0 bis 1 2	1,8	2,0		4,0	2,4		1 2 bis 1,6
Löhne real	5 4 bis 5 7	5,2	2,5		2,5	2,1		1,8
<i>Ungarn</i>								
Löhne nominell		7,4	6,1	4,5	7,9	4,5 bis 5 0		
Verbraucherpreise		6,4	8,9	3,7	9,8	4,5 bis 5 0		4,5 bis 5 0
Löhne real	2 7 bis 3 0	1,7 ¹⁾	-1,3	0,7	-1,7	0,0		
<i>UdSSR</i>								
Löhne nominell	3,2	2,9	2,1	2,1	3,2	1,8		2 4 bis 3 0
Verbraucherpreise	0,0	0,5 ¹⁾	1,3	0,0				
Löhne real	3,2	2,6 ¹⁾	2,3	2,1				

¹⁾ 1976 bis 1979 — ²⁾ Schätzung

der Bilanzierung des gegenseitigen Warenaustausches im RGW zusätzliche Schwierigkeiten bereiten. Für die kleineren RGW-Länder ist die voraussichtliche weitere Verschlechterung der Terms of Trade gegenüber der UdSSR noch schwerwiegender. Im Hinblick auf den Druck der UdSSR, die Handelsbilanzen möglichst bald auszugleichen, müssen die immer teurer werdenden Importe von Roh- und Brennstoffen aus der Sowjetunion durch zusätzliche Exporte gedeckt werden.

Aus der oben skizzierten Entwicklung der Wirtschaften Osteuropas geht deutlich hervor, daß die Planabsichten für die kommenden Jahre stark unter dem Einfluß der außenwirtschaftlichen Problematik konzipiert sind. Die angespannten Produktionspläne einerseits und das gedämpfte Wachstum der Investitionen

sowie des Konsums andererseits weisen darauf hin, daß die erwarteten Produktionszuwächse in erster Linie dazu bestimmt sind, bestehende Ungleichgewichte im Außenhandel und die zusätzlich aus der Terms-of-Trade-Entwicklung zu erwartenden Verluste sowohl gegenüber dem Westen als auch gegenüber der UdSSR abzubauen. Wenn der außenwirtschaftliche Druck bis zur Mitte der achtziger Jahre nicht gemildert werden kann, wird infolge der zu geringen Investitionen die notwendige Modernisierung der veralteten Anlagen und Ausrüstungen nicht durchgeführt werden können. Dies müßte eine weitere Abschwächung des Wirtschaftswachstums in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zur Folge haben.

Benedykt Askanas